

Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd

**71. Verbandsversammlung – öffentliche Sitzung
am 07.05.2024 in der Kreisverwaltung des Donnersbergkreises
in Kirchheimbolanden**

**Beginn: 9:35 Uhr
Ergebnisprotokoll**

Teilnehmer: siehe beigefügte Teilnehmerliste

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Verbandsvorsteher Herr Landrat Dr. Brechtel begrüßt die Teilnehmer und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift zur 70. Verbandsversammlung Genehmigung der Tagesordnung

Änderungswünsche zum Protokoll der 70. Verbandsversammlung sowie zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Beschluss 71-02 (einstimmig)

Die Niederschrift der 70. Verbandsversammlung sowie die Tagesordnung der 71. Verbandsversammlung werden ohne Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 3 Finanzielle Situation des ÖPNV/SPNV in Rheinland-Pfalz Bericht Staatssekretär Michael Hauer, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) begrüßt die Teilnehmer der Verbandsversammlung und unterstreicht zu Beginn seiner Ausführungen, dass für das MKUEM die Themen rund um die Mobilität eine hohe Wichtigkeit haben und daher auch eine neue Abteilung 9 innerhalb des Ministeriums mit diesem Themenschwerpunkt geschaffen wurde. Herr Michael Frömming ist hier der Abteilungsleiter.

Anschließend erläutert Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) die aktuelle Lage zur finanziellen Situation des ÖPNV/SPNV in Rheinland-Pfalz anhand der folgenden Schwerpunkte:

- Durch die Einführung des Deutschland-Tickets bestehen erhebliche finanzielle Risiken für die Länder, da sich der Bund noch nicht zu einer mehrjährigen Finanzierungsstrategie bekannt hat.
- Die Regionalen Bushauptlinien wurden in den letzten Jahren landesweit auf eine Betriebsleistung in Höhe von 33 Mio km/Normjahr ausgeweitet - ein bundesweiter Spitzenwert. Diese sind ein elementarer Bestandteil der ÖPNV-Strategie des Landes, damit alle Grundzentren in Rheinland-Pfalz an ein qualifiziertes und tägliches Taktangebot angeschlossen werden können.
- Preistreibende Faktoren, wie gestiegene Energie- und Personalkosten haben die Kosten der ÖPNV-Leistungen in den letzten Jahren deutlich erhöht.
- Die Kilometerpreise der ÖPNV-Leistungen haben sich bei Neuausschreibungen häufig nahezu verdoppelt. Der aktuelle Haushalt wird dadurch zusätzlich belastet, hierfür erforderliche zusätzliche Regionalisierungsmittel des Bundes kommen nicht.
- Im Ergebnis der landesinternen durchgeführten Abstimmungen und Gespräche zu diesen Themenkomplexen wird das Land sparen müssen. Dies soll nicht in Form des Ansetzens eines „pauschalen Rotstiftes“ durch das Land erfolgen, sondern im gemeinsamen Dialog mit den kommunalen Aufgabenträgern. Verkehrsangebote bei regionalen Bushauptlinien und SPNV sollen hierbei bewertet werden.
- Was die Reaktivierungen von Bahnstrecken angehen, so werden die aktuell laufenden Bewertungen mit Kosten-Nutzen-Untersuchungen zu Ende gebracht. Aus den 12 definierten möglichen Strecken wird anschließend ein Ranking erstellt.
- Das Land ist derzeit dabei, zusammen mit den beiden Zweckverbänden und den kommunalen Partnern, einen Rheinland-Pfalz-Index für die kommenden Jahre zu entwickeln. Ab dem 01.01.2025 soll dieser Index bei den neuen Verkehrsverträgen aufgenommen werden. Das Land wird sich weiterhin aus den Verhandlungen der Tarifpartner heraushalten.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Hauer erfolgte eine Diskussion im Kreise der Mitglieder:

- Frau Dr. Ganster (Landkreis Südwestpfalz) schildert, dass auch in der Westpfalz das Thema ÖPNV-Finanzierung diskutiert wird. 85% der Landkreise seien aktuell defizitär unterwegs. ÖPNV bedeutet eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Der ÖPNV auf der Straße werde hauptsächlich durch den integrierten Schülerverkehr getragen. In den vergangenen Jahren wurden die Fahrten erhöht, Anruf-Sammel-Taxen oder Rufbusse sind hierbei wichtige Elemente.
- Frau Heß-Schmidt (Landkreis Kaiserslautern) merkt an, dass die Ausschreibung des Buslinienbündels Westpfalz kurz bevorsteht. Hier können aus Sicht des Landkreises keine Reduzierungen bei den Busleistungen umgesetzt werden, die Standards wurden in gemeinsamen Gesprächen

gesetzt. Sollte das Land bei den regionalen Bushauptlinien einsparen, können die Kommunen dies nicht selbst abfedern.

- Herr Schoon (Landkreis Kusel) ergänzt, dass die Beschlüsse in den kommunalen Gremien zum Buslinienbündel „Westpfälzer Bergland“ bereits erfolgt seien. Ein Schwerpunkt werde hier inhaltlich auf bedarfsorientierte Fahrten gesetzt.
- Frau Alferts (Landkreis Birkenfeld/Nahe) schildert, dass im Jahr 2021 im Landkreis erfolgreich ein neues ÖPNV-Konzept gestartet wurde. Hierbei wurde eine Verdreifachung der gefahrenen Kilometer umgesetzt. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung dieses Konzeptes und der vielfältigen Abstimmungen zwischen Bus und Schiene sind daher verlässliche Finanzstrukturen.
- Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) führt daraufhin aus, dass das Thema Digitalisierung und die Zählung von Fahrgastbewegungen zukünftig stärker fokussiert werden soll. Ergänzend wird eine stärkere Analyse von Preistreibern erfolgen.

Gemeinsam durch das Land, die beiden ÖPNV-Zweckverbände sowie die Kommunen wurde ein umfassendes ÖPNV/SPNV-Angebot in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entwickelt. Das Land steht daher zu seinen selbst eingegangenen Verpflichtungen. Dennoch sollte eine Bewertung erfolgen, wo welche Leistungen oder Linien nicht nachgefragt sind und ob alternative Verkehre, wie On-Demand-Angebote, hier zum Einsatz kommen könnten.

- Frau Heß-Schmidt (Landkreis Kaiserslautern) merkt dazu an, dass es den Bürgern nicht vermittelbar sei, schon bei einer Neuausschreibung von ÖPNV-Leistungen seitens der betroffenen kommunalen Aufgabenträger eine Abbestellung von 10% der ÖPNV-Leistungen bereits zu Betriebsbeginn zu planen.
- Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) erwidert hierzu, dass die bevorstehenden Neuausschreibungen selbstverständlich umgesetzt werden sollen. Verkehrsverträge, die 10 Jahre laufen, sollten aber stetig überprüft werden, wie sich die Inanspruchnahme der Verkehre im Detail entwickele.
- Herr Dr. Brechtel (Verbandsvorsteher ZÖPNV Süd) ergänzt, dass man seitens des Zweckverbandes zur Herstellung einer Kosteneffizienz im Bereich des ÖPNV gemeinsam mit dem Land sprechen, aber auch gleichzeitig darüber verhandeln möchte, dass hier mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren stellt er die Frage nach der weiteren zeitlichen Vorgehensweise.
- Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) antwortet, dass im Herbst dieses Jahres ein Überblick über die im Doppelhaushalt 2025/2026 für den ÖPNV zur Verfügung stehenden Mittel möglich sei, auf deren Basis dann geplant werden könne.

- Herr Heilmann (Verbandsdirektor ZÖPNV Süd) stellt hierzu ergänzend die folgenden Fragen: Kann mit den dann zur Verfügung stehenden Mitteln der Status Quo im ÖPNV gesichert werden oder sind wie in Schleswig-Holstein konkret Abbestellungen im Bereich der Schiene geplant? Wird es möglich sein, alle Grundzentren im Süden des Landes – wie dies gemeinsam beschlossen wurde – an ein vertaktetes ÖPNV-Angebot im Busbereich anzubinden?
- Herr Staatssekretär Hauer (MKUEM RLP) antwortet hierzu, dass kein Ansatz seitens des Landes bestünde, pauschal 10% der Verkehre einzusparen. Einsparungen werden allerdings nötig sein. Das Ministerium wird sich daher mit den beiden ÖPNV-Zweckverbänden intensiv austauschen, wo mögliche Einsparungen umgesetzt werden könnten. Dies soll in einem offenen Dialog auf Basis der Interessenslage vor Ort erfolgen. Eine Vorgabe einer festen Abbestellquote seitens des Landes, wie aktuell im Bundesland Schleswig-Holstein der Fall, sei nicht vorgesehen.

Die Anbindung aller Grundzentren an ein vertaktetes ÖPNV-Angebot im Busbereich soll auch im Süden des Landes umgesetzt werden.

- Herr Hartmann (Stadt Landau) merkt hierzu an, dass wenn es nicht ausreichend Geld seitens des Landes für den ÖPNV geben sollte, es unumgänglich sein wird, sich Einzelleistungen zu betrachten. In Bezug auf Reaktivierungen im Bereich der Schiene sollen die laufenden Nutzen-, Kosten-Untersuchungen weiter fortgeführt werden.
- Herr Guth (Donnersbergkreis) führt aus, dass man der aktuellen Entwicklung bei der Finanzierung von ÖPNV entgegenwirken muss. Mehr ÖPNV-Leistungen seien in den kommunalen Haushalten zukünftig nicht mehr abbildbar. Daher sollte man sich mit einem Plan B beschäftigen, wie z.B. der Einrichtung von On-Demand-Verkehren im ländlichen Raum. Verkehre aus der Fläche zu den Bahnknoten könnten hier anders organisiert werden.
- Herr Dr. Brechtel (Verbandsvorsteher ZÖPNV Süd) ergänzt, dass zukünftig anders in Bezug auf die ÖPNV-Finanzierung gedacht werden müsse: Kurzfristig handeln, aber gleichzeitig mittel- und langfristig denken, d.h. Zukunftsplanungen weiter fortführen.

Herr Frömming (MKUEM RLP) ergänzt, dass in Rheinland-Pfalz ein Mobilitätsgipfel stattfinden soll, der sich mit der zukünftigen Entwicklung der Mobilität beschäftigen wird. On-Demand-Verkehre werden hierbei ein wichtiges Element sein. Stakeholder und deren Erfahrungen werden hierbei eingebunden werden.

Herr Dr. Brechtel (Verbandsvorsteher ZÖPNV Süd) fasst die Diskussion zusammen und führt aus, dass die Kommunen bereit sind, mit dem Land in Bezug auf die ÖPNV-Finanzierung in den Dialog zu treten. Das Land müsse dafür sorgen, dass für den ÖPNV/SPNV auch in den kommenden Jahren eine ausreichende finanzielle Grundlage vorhanden sei, die Zukunftsplanungen ermögliche. Dass hier ein Dialog zwischen Land und Kommunen stattfinden soll, wird seitens der kommunalen Vertreter sehr geschätzt.

Beschluss 71-03 (einstimmig)

Auf Basis dieser Diskussion wird kein expliziter Beschluss gefasst. Die Mitglieder des ZÖPNV Süd sind sich einig, diese Thematik im Rahmen der übernächsten Verbandsversammlung am 03.12.2024 erneut aufzugreifen, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen für die ÖPNV/ SPNV-Finanzierungen auf Basis des Doppelhaushaltes 2025/2026 vorliegen.

TOP 4 Sachstand Akkuzugprojekt West-, Südpfalz

Herr Heilmann (Verbandsdirektor ZÖPNV Süd) erläutert die Vorlage.

Beschluss 71-04 (einstimmig)

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 Aktuelles

TOP 5.1 Schieneninfrastruktur im Bereich des ZÖPNV Süd Baumaßnahmen der DB InfraGo, Hochleistungskorridore

Herr Heilmann (Verbandsdirektor ZÖPNV Süd) erläutert die Vorlage.

Er geht hierbei insbesondere auf die kommende Riedbahnspernung ab dem 15. Juli 2024 (abends) ein. Im Januar 2024 fand bereits eine dreiwöchige Sperrung der Riedbahn statt, deren Erkenntnisse in die mehrmonatige Sperrung einfließen werden.

Frau Steinkrüger (Stadt Mainz) fragt, ob ein Dialog der DB mit den betroffenen Kommunen zur Riedbahnspernung und den Erkenntnissen aus dem Januar erfolgen wird. Hierzu antwortete Herr Engbarth (ZÖPNV Süd), dass seitens des ZÖPNV Süd die DB InfraGo aufgefordert wurde, dies durchzuführen.

Herr Dr. Brechtel (Verbandsvorsteher ZÖPNV Süd) merkt ergänzend an, dass bei zukünftigen baulichen Einschränkungen die Reaktivierung der Strecke Landau – Germersheim eine Alternativroute für betroffene Verkehre bieten könnte.

Beschluss 71-05.1 (einstimmig)

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5.2 Personalsituation bei den Verkehrsunternehmen und der DB InfraGO

Herr Heilmann (Verbandsdirektor ZÖPNV Süd) erläutert die Vorlage.

Beschluss 71-05.2 (einstimmig)

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6 Sonstiges

Es liegen keine Anträge für TOP 6 vor.

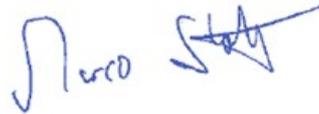
**Um 12:05 Uhr schließt Herr Landrat Dr. Brechtel den öffentlichen Teil der
Verbandsversammlung.**

Der Verbandsvorsteher



Dr. Fritz Brechtel
Verbandsvorsteher Zweckverband
Öffentlicher Personennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd

Für das Protokoll



Marco Stoll
ZÖPNV RLP Süd

Anlagen

- **Anlage 1**
Präsentation des ZÖPNV Süd für die 71. Bezirksversammlung
(öffentliche Sitzung)

- **Anlage 2**
Präsentation des ZÖPNV Süd für die 71. Bezirksversammlung
(nicht öffentliche Sitzung)